

Nr. 5752 AJ
1993 -12- 06

II-1791 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

ANFRAGE

der Abgeordneten Christine Heindl, Freunde und Freundinnen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend bürgerliche Telefongebühren

Da es in Österreich zu höchst unterschiedlichen Telefongebühren kommt, wenn StaatsbürgerInnen mit ihren Verwaltungsbehörden Kontakt aufnehmen, haben die unterfertigten Abgeordneten am 30. Nov. 93 einen Entschließungsantrag (Nr. 638/A(E) für einheitliche Telefongebühren (Ortstarif) eingebracht. Dies ist technisch auch sehr einfach, da die Verrechnung zum Ortstarif ein von der Post angebotenes und beworbenes Service ist; viele Privatfirmen nehmen gerade diesen Postdienst in Anspruch.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

Welche Kosten würden voraussichtlich durch die Umstellung der Telefonanschlüsse der Verwaltungsbehörden auf die Serviceeinrichtung 660 entstehen, mit der die Kontaktaufnahme der BürgerInnen zum Ortstarif gewährleistet wäre?